

### Land Berlin reloaded

Berlin hat eine neue Landesregierung, der Koalitionsvertrag umfasst 156 Seiten, das längste Kapitel beschäftigt sich auf rund 18 Seiten mit den Themen „Stadtentwicklung, Bauen, Mieten“. Nach dem Bürgerentscheid zur Enteignung großer Immobilienkonzerne (56,4 Prozent Zustimmung) sicherlich einer der wichtigsten Themenkomplexe in Berlin. Für „Soziales und Inklusion“ sind immerhin vier Seiten vorgesehen. Aufhorchen lässt ein erwähntes Modellprogramm „sozialraumorientiertes Trägerbudget“, das als Blaupause für zukünftige Finanzierungsmodelle dienen könnte. Auch prüfe man ein Institut für Qualitätsentwicklung für den Bereich der Teilhabe, ab 2022 werde eine „Strategiekonferenz Inklusion und Eingliederungshilfe aufgelegt“. Wie in der Pflege ächzt auch die Eingliederungshilfe unter dem Fachkräftemangel, befeuert wird dieser Trend durch einen hohen Fachkräftebedarf in den bezirklichen Häusern der Teilhabe, die den Sozialämtern angegliedert sind. Die neue Landesregierung prüft deshalb die Anerkennung zusätzlicher Abschlüsse. Die ersten Teilhabepflegerinnen und -pfleger schwärmen bereits aus und besuchen Einrichtungen in ihren „lebensweltlich orientierten Räumen“ (LOR). Nicht im Sinne einer Kontrolle, sondern um zu erfahren, wie und wo die Leistungsberechtigten leben und auch, um zukünftig ein Gesicht zur Stimme am Telefon zu kennen.

Pragmatisch auch der Plan, Zwangsräumungen besonders vulnerabler Personengruppen erst dann zuzulassen, wenn Ersatzwohnraum organisiert ist. Ein Lichtblick ist die Ankündigung, für Menschen mit seelischer Behinderung bis 2024 niedrigschwellige Leistungen für Wohnraum zu gewährleisten. Die geplante Stärkung der sozialpsychiatrischen Dienste lässt ebenfalls hoffen, groß war die Sorge, dass diese – trotz ihrer hohen fachlichen und sozialräumlichen Kompetenz – im Rahmen der BTHG-Umsetzung unter die Räder geraten könnten und in ihrem Aufgabenspektrum immer mehr beschnitten würden. Erfreulich auch, dass im Koalitionsvertrag Begriffe wie „Dialog“ und „Einbeziehung von Peers“ vorkommen.

Zum Maßregelvollzug findet sich im Koalitionstext lediglich ein Satz. Ebenso viel Raum nimmt der Einsatz der Koalition im Bund für die Legalisierung des „Containerns“ ein. Kostet ja auch nix. Eine Personalie im Zuge der Regierungsbildung wartet noch auf den Praxistest. Der bisherige Landesbeauftragte für Psychiatrie, Dr. Götz, selbst psychiatrischer Facharzt, wurde zum Staatssekretär für Gesundheit und Pflege ernannt. Ob man ihn auf seinem bisherigen Posten vermissen wird oder die Psychiatrie in Berlin von seiner Expertise im neuen Amt profitiert, bleibt abzuwarten. Aktuell steht erneut die Finanzierung niedrigschwelliger Angebote auf dem Prüfstand. Die hierdurch mitfinanzierten mobilen Teams sind ein wichtiger Mittler zwischen geflüchteten Menschen und dem psychosozialen und medizinischen Hilfesystem. Dr. Götz spricht sich in einem Interview für die Aufstockung der Finanzierung aus, sein Einfluss sei aber begrenzt, die Entscheidung liege bei den Bezirken.

Anders als die pannenreiche Senats-Wahl verlief im Oktober 2021 die erstmals hybrid veranstaltete Mitgliederversammlung der Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie weitgehend reibungslos. Die Veränderungen in der klinischen Versorgung (StäB, ambulante Komplexleistung) werfen Fragen in Bezug auf mögliche Kooperationen zwischen den Leistungserbringern z.B. der Eingliederungshilfe und den Kliniken auf. Eines von vielen Themen, mit denen sich die BGSP in der näheren Zukunft befassen möchte.

Verfasser: Ilja Ruhl